

„Bauernopfer“ zu Lemkes Schutz? Der CO₂-Skandal weitet sich aus

Welt, 05.07.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus252373228/Bauernopfer-zu-Lemkes-Schutz-Der-CO-Skandal-weitet-sich-aus.html>

Die Affäre um gefälschte Klimaschutz-Gutschriften aus China erreicht eine neue Stufe. Ein Abteilungsleiter des Umweltbundesamtes wurde jetzt von seinen Aufgaben entbunden. Unions-Abgeordnete sehen darin ein strategisches Manöver.

Im Skandal um vorgetäuschte Klimaschutzprojekte in China hat das Umweltbundesamt (UBA) einen Abteilungsleiter suspendiert. Vertreter der CDU/CSU-Fraktion sprachen am Freitag auf einer Sondersitzung des Umweltausschusses im Bundestag von einem „Bauernopfer“ zum Schutz der verantwortlichen Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne).

Es geht um gefälschte CO₂-Zertifikate aus dem Ausland, die Ölkonzerne auf ihre Treibhausgasminderungsquote anrechnen konnten. Deutsche Autofahrer hatten mit ihren an der Tankstelle gezahlten Klimaabgaben offenbar Hunderte Millionen Euro für lediglich vorgetäuschte CO₂-Sparprojekte im Ausland, vor allem in China, gezahlt.

Die Biokraftstoffbranche und Oppositionspolitiker hatten dem Bundesumweltministerium und dem angegliederten Umweltbundesamt (UBA) bereits vorgeworfen, Kontroll- und Aufsichtspflichten vernachlässigt zu haben. Auf frühzeitige Warnungen aus der Biokraftstoffindustrie hätten die Behörden zu lange nicht reagiert. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft Berlin gegen Unbekannt.

Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) und UBA-Präsident Dirk Messner hatten argumentiert, selbst Opfer eines Betrugsgeflechts um die sogenannten Upstream Emission Reductions (UER) gewesen zu sein. Die Freistellung des Mitarbeiters weitet nun jedoch die Frage nach Verantwortlichkeiten aus. Auch aus Reihen der Ampelkoalition kommt jetzt scharfe Kritik am Umweltbundesamt.

Die Personalie „zeigt eine völlig neue Dimension der Vorgänge, die schnellstmöglich aufgeklärt werden muss“, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Daniel Rinkert. „Es wird immer deutlicher, dass im Umweltbundesamt die Kontrolle der Projekte im erheblichen Umfang vernachlässigt wurde.“ Es liege „ein Fall grober Fahrlässigkeit vor, welcher das Vertrauen in die Klimaschutzprojekte und die Treibhausgasemissionsquote nachhaltig beschädigt hat.“

„Eklatante Versäumnisse werden abgewiegelt“

Ob der UBA-Mitarbeiter nur wegen Verletzung von Kontrollpflichten freigestellt wurde, oder aber im Verdacht der Mittäterschaft steht, ist noch unklar.

Allerdings ist der Abteilungsleiter für die Zeit der Aufklärungsarbeit nicht nur innerhalb des Amtes versetzt, sondern gleich vollständig freigestellt. Am selben Tag veranlasste die Behörde einen sogenannten „Data Freeze“: Der Computer des Mitarbeiters und sein Datenverkehr wurden gesichert. Ob das für einen Tatverdacht spricht, ist unklar. Eine Sprecherin der Berliner Staatsanwaltschaft erklärte allerdings, sie könne die Ausweitung der Ermittlungen auf Mitarbeiter der Behörden „nicht bestätigen“.

Das Umweltbundesamt bestätigte, bereits am 21. Juni „eine mitarbeitende Person“ der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt), die zum UBA gehört, „mit sofortiger Wirkung und zunächst für drei Monate freigestellt“, zu haben. „Das UBA weist ausdrücklich darauf hin, dass bislang keinerlei Beweise für ein persönliches Fehlverhalten der betroffenen Person vorliegen“, erklärte die Behörde. „Mit dem Schritt soll lediglich die lücken- und vorbehaltlose Aufklärung der derzeitigen Vorwürfe vorangetrieben werden; zudem gebot die dienstrechtliche Fürsorge gegenüber der Person in der aktuellen Situation die Freistellung.“

Abgeordnete von FDP und SPD kritisierten nach der Sondersitzung des Umweltausschusses, dass sie von der Freistellung des zuständigen Abteilungsleiters im UBA erst jetzt, zwei Wochen nach der Suspendierung, informiert wurden.

Die Union im Deutschen Bundestag sieht Umweltministerin Steffi Lemke mit in der Verantwortung. „Die Strategie des Bundesumweltministeriums ist offensichtlich“, erklärte der CDU-Abgeordnete Christian Hirte nach der Sitzung: „Eklatante Versäumnisse werden abgewiegelt, der mögliche Milliarden Schaden vorsorglich kleingeredet und im Umweltbundesamt wird das Bauernopfer, das Steffi Lemke den Hals retten soll, schon vorbereitet.“

„Was als Befreiungsschlag geplant ist, könnte sich zum Boomerang, entwickeln, sollte der Mitarbeiter in den Betrugsskandal verwickelt sein“, kommentierte Hirte die Suspendierung. Man sei gespannt, was die Staatsanwaltschaft Berlin in den nächsten Wochen zutage fördern werde, so der Oppositionspolitiker: „Sie wird hoffentlich mehr Licht in die Sache bringen, als es der verklemmte Aufklärungswille der Ministerin zum jetzigen Zeitpunkt erwarten lässt.“

Der Umweltausschuss des Bundestages hatte Umweltministerin Lemke bereits am vergangenen Mittwoch eingeladen, um über die Betrugsaffäre zu sprechen. Aus Sicht der Union blieb Lemke dabei jedoch viele Antworten schuldig, sodass die Ministerin am Freitag erneut in den Ausschuss geladen wurde.

Dort ließ sie sich allerdings diesmal durch einen Mitarbeiter vertreten: „Der Skandal um gefälschte Klimaprojekte in China zieht weitere Kreise“, kritisierte die umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Anja Weisgerber: „Dennoch stellte sich die Umweltministerin nicht den Fragen in der Sondersitzung des Umweltausschusses und trägt damit nicht zur weiteren Aufklärung bei.“